

**Populist_innen (nicht) verstehen -
sozialwissenschaftliche Ursachenforschung im
Vergleich: eine Sammelrezension über die aktuellen
Publikationen von Wilhelm Heitmeyer, Philip Manow
und Roger Eatwell und Matthew J. Goodwin**

Schiebel, Christoph

Veröffentlichungsversion / Published Version

Rezension / review

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

Verlag Barbara Budrich

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Schiebel, C. (2019). Populist_innen (nicht) verstehen - sozialwissenschaftliche Ursachenforschung im Vergleich: eine Sammelrezension über die aktuellen Publikationen von Wilhelm Heitmeyer, Philip Manow und Roger Eatwell und Matthew J. Goodwin. *Soziologiemagazin : publizieren statt archivieren*, 12(1), 92-101. <https://doi.org/10.3224/soz.v12i1.09>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer CC BY-SA Lizenz (Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen) zur Verfügung gestellt. Nähere Auskünfte zu den CC-Lizenzen finden Sie hier:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>

Terms of use:

This document is made available under a CC BY-SA Licence (Attribution-ShareAlike). For more Information see:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0>

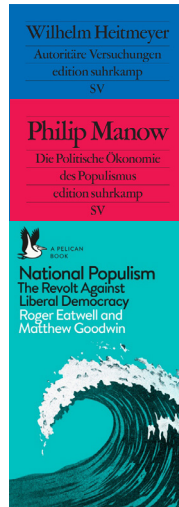
Rezension

Populist_innen (nicht) verstehen – sozialwissenschaftliche Ursachenforschung im Vergleich

Eine Sammelrezension über die aktuellen Publikationen von Wilhelm Heitmeyer, Philip Manow und Roger Eatwell und Matthew J. Goodwin

92

von Christoph Schiebel



Heitmeyer, Wilhelm (2018): *Autoritäre Versuchungen*. Berlin: Suhrkamp. ISBN 9783518127179, 18,00 €.

Manow, Philip (2018): *Die politische Ökonomie des Populismus*. Berlin: Suhrkamp. ISBN 9763518127285, 16,00 €.

Eatwell Roger/Goodwin, Matthew J. (2018): *National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy*. London: Pelican, ISBN 9780241312001, 11,84 €.

Ist der derzeit so weitverbreitete und viel diskutierte Rechtspopulismus neben politischen Faktoren am besten sozio-ökonomisch oder sozio-kulturell zu erklären? Wie schlägt er sich auf unterschiedlichen soziologischen Untersuchungsebenen nieder? Können verschiedene Erklärungsansätze

koexistieren? Betrachtet man die gängigen monographischen Deutungsversuche, so zeigt sich eine Mannigfaltigkeit an Ursachen, die jedoch nur Teile des Mosaiks betreffen. Diese Komplexität legt nahe, dass das Lesen eines einzigen dieser Bücher, die derzeit sprichwörtlich wie Pilze aus dem Boden sprießen, noch keinen erhellenden Einblick liefert. Stattdessen sollte man den Versuchen, eine Großtheorie des Rechtspopulismus aufzustellen, mit Skepsis begegnen. Gleichwohl gibt es derzeit eine Reihe unterschiedlicher Diagnosen zum häufig als krisenhaft beschriebenen Zustand der liberalen Demokratien.

Drei Werke sollen in dieser Sammelbesprechung im Detail diskutiert und verglichen werden. In der Soziologie ist Wilhelm Heitmeyer mit *Autoritäre Versuchungen*

wieder einmal ein viel beachtetes Werk gelungen (vgl. Carstens 2018; vgl. Koppetsch 2018; vgl. Die Zeit 2018). Philip Manow hat sich in der politischen Ökonomie den Ruf eines souveränen Analysten erworben. Daher wird zu untersuchen sein, ob das auch für *Die Politische Ökonomie des Populismus* (2018) gilt. Wer mit dem Werk des wohl bekanntesten Populismus- und Radikalismusforschers in den internationalen Vergleichenden Politikwissenschaften Cas Mudde (vgl. 2007) vertraut ist, wird nicht selten auf die Namen seiner Kollegen Roger Eatwell und Matthew J. Goodwin stoßen. Deren aktuelles englischsprachiges Buch *National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy* dürfte deshalb auf mehr internationale akademische Beachtung stoßen. Wir wollen die vier Autoren dabei begleiten, wie sie die Ursachen für das Erstarken des Populismus im Allgemeinen und des Rechtspopulismus im Besonderen ergründen und ihre Befunde vergleichen. Zunächst wird Heitmeyers Buch besprochen, dann dasjenige Manows, worauf ein Zwischenfazit mit Vergleich folgt. Anschließend wird Eatwells und Goodwins Buch analysiert und diskutiert, um schließlich ein Fazit zu ziehen, das alle drei Werke noch einmal vergleicht und eine abschließende Bewertung vornimmt. Heitmeyers Sozialdiagnosen zum deutschen Rechtspopulismus

Der Bielefelder Gewalt- und Konfliktforscher Wilhelm Heitmeyer setzt den

Schwerpunkt auf den deutschen Rechtspopulismus und dessen Varianten. Woher rührt die gefühlte aktuelle Politikverdrossenheit eigentlich? Dieser und ähnlichen Fragen geht kaum ein deutscher Soziologe so akribisch nach wie Heitmeyer. In den letzten Jahrzehnten haben Heitmeyers Standardwerke zur rechten Gefahr in Zeiten eines von der Modernisierung und Globalisierung begünstigten Kapitalismus den deutschen Blick auf autoritäre Kräfte und Bewegungen verändert. Was seit Längerem im akademischen Mainstream rezipiert wird, kommt inzwischen mit neuen Bewegungen wie Pegida und erfolgreichen Parteien wie der AfD ebenso im gesellschaftlichen Bewusstsein an. Angesichts der Brisanz einer Gefahr für die Demokratie, die von der Mitte der Gesellschaft und seitens des Kapitalismus ausgeht, will der Autor weiterhin wachrütteln.

Heitmeyers *Autoritäre Versuchungen* nehmen viele theoretische Anleihen, um zu erklären, wie eine Demokratie angesichts zunehmender menschenfeindlicher und autoritärer Tendenzen in der Gesellschaft aus den Fugen geraten kann. Überdies unterfüttert Heitmeyer seine Thesen über die Bedrohung des sozialen Zusammenhalts durch zahlreiche empirische Beispiele. So werden unter anderem Statistiken zu „autoritären Haltungen in entsicherten Zeiten“ angeführt. Unter diesem Zusammenspiel von Autoritarismus und Entsicherung ist die Suche nach einfachen Antworten auf vage

Bedrohungsszenarien wie die Forderung nach härteren Strafen für Verbrechen und den zeitgenössisch als rabiat empfundenen Kapitalismus zu verstehen, die Heitmeyer durch Umfragen quantifiziert (S. 112–117). Neben der Forschungsreihe *Deutsche Zustände* (2001–2011) wird auf die „Mitte“-Studie von 2016 verwiesen (vgl. Zick/Krause/Küpper 2016: 117). Diese Studien zeigen, dass der Autoritarismus trotz kultureller Liberalisierung auf hohem gesellschaftlichen Verbreitungsniveau ist (S. 112f.).

94

Spätestens seit dem im Buch neu aufgelegten Ankertext von 2001 *Autoritärer Kapitalismus. Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen* (S. 30–77) versteht sich der Soziologe als Mahner. Damals weist Heitmeyer auf das Gefahrenpotenzial hin, dass ein ungezügelter, nicht staatlich regulierter Kapitalismus einem „autoritären Jahrhundert“ (vgl. Dahrendorf 1997) den Weg bereiten könne. Seine aktuelle Zeitdiagnose ist diejenige einer Verfestigung und Radikalisierung des deutschen Rechtspopulismus als Randphänomen hin zu einem bewegungs- (Pegida) und parteiförmigen (AfD seit 2015) autoritären Nationalradikalismus, einem Nationalismus mit antidemokratischen und Minderheiten diskriminierenden Zügen (S. 234ff.). Für Heitmeyer konnten sich spätestens mit der AfD, unter anderem durch die Unterstützung von intellektueller Seite (vgl. Sloterdijk 2009; vgl. 2010; vgl.

Sarrazin 2010; vgl. Sieferle 2017), menschenfeindliche und autoritäre Tendenzen in der Mitte der Gesellschaft etablieren. So hätten diese Intellektuellen eine Verrohung der Gesellschaft durch die Aufgabe des Sozialstaatsgedankens (vgl. Sloterdijk 2009; vgl. 2010), die sozialdarwinistische Abwertung insbesondere von Muslim_innen (vgl. Sarrazin 2010) und mittels völkischen und antisemitischen Nationalismus (vgl. Sieferle 2017) beschleunigt. Hier zeigen sich im menschenfeindlich-autoritär geführten Diskurs drei unterschiedliche Eskalationsstufen (S. 293–317).

Demnach neigen nicht geringfügige Teile der deutschen Gesellschaft zu einer Abwertung sozialer Gruppen. Sie wähen diese Gruppen am gesellschaftlichen Rande und reden in einschlägigen Studien einer Ideologie der Ungleichwertigkeit das Wort. Sowohl Abstiegsängste als auch das Gefühl des Abgehängtseins verstärkten solche Verdrängungsstrategien, die sich insbesondere gegen Migrant_innen (S. 159–168) und sozial Schwache richteten (S. 202). Es wird auf eine Re-Homogenisierung der Gesellschaft gedrängt (S. 169–176).

Konkrete Lösungen oder politische Patentrezepte sieht Heitmeyer eher nicht – zumindest nicht kurzfristig. Der Sozialforscher findet sowohl eine Verschiebung des Sagbaren zugunsten des autoritären Nationalradikalismus als auch eine unkritische und unsachliche Auseinandersetzung mit

drängenden Krisensituationen. Gleichwohl lässt die Problematisierung der autoritären Versuchungen Schlüsse auf mögliche Antworten angesichts von Verwerfungen und gesamtgesellschaftlichen Herausforderungen, wie der sogenannten Flüchtlingskrise ab 2015, zu, die ursächlich, wenn auch nicht monokausal (S. 350–367), mit einem rücksichtslosen Kapitalismus zusammenfielen (S. 76–88). Folglich verdient die ökonomische Dimension mehr Aufmerksamkeit, der sich der politische Ökonom Manow mittels der Konstruktion einer empirisch überprüfbaren politischen Ökonomie des Populismus widmet, wenn er sowohl rechten als auch linken Populismus auf seine Kausalitäten untersucht.

Manows politische Ökonomie des Populismus

Der Politikwissenschaftler Philip Manow (Universität Bremen) untersucht in *Die politische Ökonomie des Populismus* Zusammenhänge zwischen ökonomischen und politischen Entwicklungen. Er geht davon aus, dass sich unterschiedliche politische Ökonomien aufgrund von Verteilungskonflikten verschiedenartig populistisch manifestieren. So seien südliche Volkswirtschaften unempfindlicher gegenüber negativen Effekten eines freien Personenverkehrs, während westliche, östliche und nördliche Ökonomien stärker vom Freihandel und freien Kapitalverkehr

profitierten. Die Binnennachfrage schwächende Faktoren werden in ersteren als bedrohlich empfunden. Letztere hingegen werteten Flucht und Migrant_innen als Gefahren für den eigenen Wohlstand (S. 18–25).

Der Politikwissenschaftler unterscheidet zwischen einem weniger stark ausgebauten und exklusiven klientelistisch organisierten Sozialstaat in Südeuropa (südliche Ökonomie) und einem inklusiven und großzügigen in Nordeuropa (nördliche Ökonomie). Darüber hinaus differenziert Manow zwischen dem angelsächsischen Modell mit wenig staatlicher Solidarität, dem westeuropäischen Modell mit seiner Exportorientierung und dem osteuropäischen mit seinen Folgekosten durch die ökonomischen Transformationsprozesse nach dem Fall des Eisernen Vorhangs (S. 103–130). Außerdem existierten zahlreiche Mischformen und Übergänge. Gegen den die soziokulturelle Dimension des Populismus stark gewichtenden Zeitgeist lautet Manows Argument, dass kulturalistische Versuche, den Rechtspopulismus zu deuten, den Linkspopulismus vernachlässigten und nur an der Oberfläche kratzten, indem sie die Deutungsmacht der politischen Eliten nicht ausreichend hinterfragten (S. 9). Für den Autor geht es in der aktuellen politischen Situation, wie so oft, weniger um Identität als um Interessen. Überdies ist Manow unzufrieden mit den politikwissenschaftlichen Versuchen,

den Populismus als Form oder Stil zu erfassen. In diesen Bemühungen sieht er die Inhalte des Populismus vernachlässigt und stigmatisiert. Deshalb will der Politikwissenschaftler mit seiner Studie beleuchten, ob es nicht doch veritable Zusammenhänge zwischen den ökonomischen Verhältnissen und populistischem Protest gibt. Sind es nicht doch die Insider, die sich in den meisten westlichen und nördlichen Demokratien – von Großbritannien, den USA, Kanada und vielleicht Irland einmal abgesehen – vom Sozialstaat benachteiligt fühlen? Und ist es nicht dessen Großzügigkeit und Offenheit gegenüber Migrant_innen – auch solchen mit Fluchthintergrund – die die nördlichen Zielländer attraktiv machen? Manow kommt zu dem Ergebnis, dass es die im Ankertext von Heitmeyer geschilderte Zäsur war, die bis heute nachwirkt und bestimmte Mittelschichten, wie Facharbeiter_innen, in den entsprechenden politischen Ökonomien für eine populistische Wahl empfänglich macht. Müssten die von Heitmeyer beschriebenen „autoritären Versuchungen“ nicht auch in Südeuropa auf Widerhall stoßen? Allerdings tun sie dies nur dort, wo der Sozialstaat offen und nicht klientelistisch angelegt ist und die Exportwirtschaft eine große Rolle spielt. In Großbritannien wiederum sind es vor allem die Outsider, die sich nicht in geregelten und auskömmlichen Beschäftigungsverhältnissen befinden, die sich infolge eines Verdrängungswettbewerbs auf

dem Arbeitsmarkt dazu bemüht sehen, die als rechtspopulistisch geltende und für den EU-Austritt Großbritanniens maßgebliche, euroskeptische UKIP zu wählen oder gleich für den Brexit zu stimmen (S. 103–138). Die Single Issue Party UKIP (United Kingdom Independence Party) sah ihren Zweck stets in dem EU-Austritt Großbritanniens (vgl. Usherwood: 2018: 249) und konnte mit dieser Agenda gerade bei Wahlen zum Europäischen Parlament mit einem relativen Wahlsieg Sitze gewinnen (vgl. Vasilopoulou 2017: 65).

Vergleich von Heitmeyers und Manows Ansätzen

Wie Heitmeyers führt Manows Argumentation die Leser_innen zu mehr Verständnis, jedoch auch in noch mehr Dilemmata. Schließlich erscheint die politökonomische Situation wie die Quadratur des Kreises. Deutlich wird aber, dass die politisch Verantwortlichen die ökonomische Herausforderung, auf die der Populismus zeigt, annehmen müssen. Schließlich mag auch einiges für eine kulturwissenschaftliche Herangehensweise an den Populismus sprechen. Manow belegt jedoch eindrucksvoll, dass Verteilungskonflikte auf der Makroebene eine kritische Rolle spielen, die eine ebenso unbequeme Perspektive auf die Wahrheit bereithalten. Die deutsche Perspektive kommt bei Manow kürzer als bei Heitmeyer. Dafür steht bei letzterem

die europäische Ebene nicht im Zentrum der Untersuchung.

Eatwells und Goodwins kultureller Ansatz

Die Politikwissenschaftler Roger Eatwell (University of Bath) und Matthew J. Goodwin (University of Kent) hingegen führen in *National Populism. The Revolt Against Liberal Democracy* ökonomische und kulturelle Argumente zusammen, um die neue Normalität in den westlichen Demokratien zu verdeutlichen. Für die beiden ist der nationale Populismus, wie sie ein Phänomen nennen, das Populismus mit Nationalismus kombiniert, gekommen, um zu bleiben. Die Autoren grenzen die nationalen Populist_innen entschieden vom Faschismus und vom Rechtsextremismus ab und plädieren dafür, die Sorgen vernachlässigter Wähler_innengruppen wieder ernster zu nehmen. Kulturelle Unterschiede in den Wähler_innenbefindlichkeiten der liberalen Demokratien westlicher Prägung böten auf der Suche nach Mehrheiten eine langfristige Herausforderung für die Parteien (S. 41–80).

Die Autoren beschäftigen sich primär mit aktuellen und historischen populistischen Phänomenen in den USA und Europa. Ein Schwerpunkt der Studie liegt auf Trump und dem Brexit, deren Erfolg lange Zeit, aufgrund von demographischen Erwägungen, für unwahrscheinlich befunden worden war.

Gleichwohl habe sich sowohl im letzten US-Präsidentschaftswahlkampf als auch beim Brexit-Referendum gezeigt, dass immer noch ein großes, sozial konservatives Wählerpotenzial existiere, welches auf eine Anti-Immigrationsrhetorik und -politik anspreche. Eatwell und Goodwin versuchen dennoch mit einigen Mythen aufzuräumen, die sich um den Rechtspopulismus ranken.

Die beiden Politikwissenschaftler neigen zu einer Elitenkritik, in der sie den Wert aller Bevölkerungsschichten und deren Beteiligung am politischen System hervorheben (S. xii). Zudem zeigt sich in ihrer Begründungsstrategie, die vor allem kulturelle Ursachen und Symptome für die Demokratiekrise sucht, ein Zusammenspiel vieler Faktoren, die den nationalen Populismus begünstigen. Vier Faktoren seien ursächlich für diese Entwicklung, und zwar Misstrauen, Zerstörung, Vernachlässigung und Abkoppelung. Im englischen Originaltext, der Gegenstand dieser Rezension ist, werden diese Dynamiken mit den vier „Ds“, d.h. Distrust (S. 81-127), Destruction (S. 129-175), Deprivation (S. 177-222) und De-Alignment (S. 223-266), wiedergegeben.

Gerade eher politik- und bildungsferne Schichten, wie die Arbeiter_innenklasse, hegten Misstrauen den Eliten gegenüber. Sie wähten ihr traditionelles soziokulturelles Umfeld durch Immigrant_innen nach und nach zerstört. Zudem fühlten sie sich von der volkswirtschaftlichen Entwicklung

abgehängt und folglich vernachlässigt sowie von dem politischen Diskurs der Eliten abgekoppelt. Viele Informationen, Statistiken und Beispiele erleichtern die Lektüre und veranschaulichen die Ablehnung, welche Eatwell und Goodwin den Thesen Heitmeyers zumindest in Teilen entgegenbringen würden, wenn sie Verständnis für kulturelles und nationales Unbehagen manifestieren (S. 149f.). So verfügen alle vier Trends über Gemeinsamkeiten, indem sie zusammenwirken und Politikverdrossenheit fördern.

98

Vielleicht ist es auch der Nachfrage nach dem Buch oder nach dem Populismus geschuldet, dass Eatwell und Goodwin bisweilen versucht sind, die unangenehmen Positionen der nationalen Populist_innen nachzuvollziehen. Diesbezüglich fehlt die Abrundung der Herangehensweise und vielleicht auch die sozialwissenschaftliche Distanz. Dafür kann das Buch besser als dasjenige Heitmeyers demonstrieren, dass die kulturelle Dimension des nationalen Populismus zumindest auf Meso- und Mikroebene maßgeblich ist.

Fazit – Aller guten Dinge sind (mindestens) drei

Frank Decker und Marcel Lewandowsky (2017) haben bereits demonstriert, dass ein Ursachen- und Lösungsmix die soziale und politische Wirklichkeit des Populismus

am ehesten reflektieren. Mit volkswirtschaftlichen Ursachen des Populismus setzen sich u.a. Petersen et al. (2018) und Berthold (2017) auseinander.

Für Personen, die einen Eindruck von der Komplexität des Phänomens vermittelt bekommen möchten, ist es nicht ratsam, nur eines der drei Bücher zu lesen. Für den Überblick mag es empfehlenswert sein, sich gerade Eatwell und Goodwin zu Gemüte zu führen, um zu lernen, den deutschen Populismusdiskurs durch eine internationale Brille zu betrachten und zu hinterfragen. Für Sozialwissenschaftler_innen ist jedoch der Abgleich mit anderen Büchern hilfreich. Eatwells und Goodwins Beitrag dürfte besonders kontrovers diskutiert werden, zumal sie Anleihen bei dem Oxford-Philosophen David L. Miller nehmen, der einen positiven Nationenbegriff konstruiert, der eine Exklusion von Migrant_innen von Sozialleistungen und sonstiger staatlicher Partizipation zur Folge hätte. Vielmehr sieht er in dieser Schließungsfunktion eine Grundbedingung für das Funktionieren moderner Staatlichkeit. Eatwell und Goodwin machen sich explizit diese Position zu eigen, was eine Abgrenzung von den nationalen Populist_innen als Untersuchungsgegenstand erschwerte (S. 75, 168–170, 274; vgl. Miller 1995). Alle vier Autoren, deren drei Bücher der Sammelbesprechung als Grundlage dienen, sehen im Populismus mehr als nur einen Stil (vgl. Moffitt 2016;

vgl. Jesse/Panreck 2017). Die inhaltliche Dimension des Populismus bewerten sie jedoch unterschiedlich.

Zur Ursachenforschung gibt es eine Vielzahl von Werken. Der Dreiklang der untersuchten Werke bildet dennoch den nationalen und internationalen Diskurs, ausgehend von der deutschen Sicht, übergehend auf eine europäische, bis hin zu einer westlichen, treffend ab.

In einem zweiten Schritt würde es sich lohnen, noch die Thesen Manows neuerdings hinterfragende Entwicklungen, wie diejenigen in Brasilien, wo der vielfach als populistischer Rechtsextremist bezeichnete Jair Bolsonaro 2018 zum Präsidenten gewählt wurde, heranzuziehen. Offensichtlich gibt es auch in südlichen politischen Ökonomien Ausnahmen von der Regel, die das Erstarken rechter Extremisten mit einer menschenfeindlichen, antidemokratischen und populistischen Rhetorik ermöglichen. Gleichwohl handelt es sich bei Bolsonaro, im Vergleich zu anderen Rechtspopulisten, um einen besonderen Extremfall, der die Vergleichbarkeit mit populistischen Phänomenen erschwert. Ähnliches dürfte ebenso auf den rechtsautoritär regierenden Rodrigo Duterte auf den Philippinen zutreffen (vgl. Lichterbeck 2018).

Zudem drängt sich die Frage auf, weswegen die ursachenbezogene Populismusforschung zur Männerdomäne wird, während lange

Zeit gerade Autorinnen in diesem Bereich und in demjenigen der Populismustheorie besonders renommiert sind und wesentliche Standardwerke publizieren (vgl. Canovan 1981, 2005; vgl. Mouffe 2005, 2011, 2018; vgl. Priester 2012). Vielversprechend sind aktuell Paula Diehl (2012) oder Alma Hannig (2017) wegen ihrer verschiedenen Disziplinen der Sozial- und Geisteswissenschaften verbindenden Ansätze. Im deutschsprachigen Raum zieht wieder die Nachfrage nach interdisziplinärer Forschung an, was gerade Soziolog_innen, Kulturwissenschaftler_innen, Ökonom_innen und Historiker_innen auf den Plan ruft. Dadurch erweitert sich die politikwissenschaftliche Betrachtung um sozio-kulturelle, sozioökonomische und vergleichende Aspekte, die einem zu engen Fokus auf typologische und ideologiekritische Grabenkämpfe entgegenwirken und das Phänomen praxisnäher beschreiben.

Zudem deuten gerade Heitmeyers Ergebnisse auf eine spezifische deutsche Entwicklung und eine weiter fortschreitende Radikalisierung der AfD hin. Sollten die (Über-)Lebensbedingungen für den rechten Populismus auf Verteilungskonflikte zurückgehen, bleibt abzuwarten, wie sich deren Zuspitzung auf die westliche Parteienwirtschaft auswirken würde und ob eine kulturelle Übersteuerung sowie Überhitzung einen ökonomischen Determinismus zu falsifizieren imstande sei. Ein Patentrezept, wie nichtpopulistische Parteien

Wähler_innen zurückgewinnen könnten, gibt es nicht. Heitmeyer spricht sich für eine Abgrenzungsstrategie bei Beilegung sozialer Konflikte aus, während Manow für die volkswirtschaftliche Quadratur des Kreises plädiert. Eatwell und Goodwin verstricken sich in Widersprüche, wenn sie sich weder auf Anpassung noch auf Abgrenzung als Strategie festlegen. Deswegen auch schrecken die Autoren vor konkreten ausgefeilten Handlungsempfehlungen im Gegensatz zum Berliner Sozialwissenschaftler Timo Lochocki zurück (vgl. 2018) – und zwar aus verständlichen Gründen, denn schließlich ist die Komplexität des Phänomens Populismus und dessen Ursachen nicht so einfach zu verstehen.

Alle besprochenen drei Werke beschreiben enorme Herausforderungen für die liberalen Demokratien westlicher Prägung, wenngleich sie darin bisweilen eine soziale Normalität sehen. Heitmeyer sieht die deutsche Demokratie ernsthaft bedroht, während Manow die westlichen Demokratien sozio-ökonomisch herausgefordert sieht. Eatwell und Goodwin sehen in diesen politischen Systemen durchaus Normalisierungstendenzen. Trotz einer historischen Konstante des Populismus in demokratischen Gesellschaften gehen die beiden letztgenannten Autoren von einer Konsolidierung des nationalen Populismus aus. Aber ist der Singular angesichts dieser Vielschichtigkeit und Wandelbarkeit dessen, was wir Populismus nennen, noch angebracht?

Im Allgemeinen scheinen Autoritarismen, Nationalismen und Populismen eine unheilvolle Symbiose einzugehen, die gemäß Heitmeyer als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu begreifen ist. Und sollte nicht gerade diese Pluralität die Stärke sein, mit der Wissenschaft und Demokratie diesen Phänomenen zu begegnen hätten?

LITERATUR

Berthold, Norbert (2017): Strukturwandel, Migration und Kultur: Was erklärt linken und rechten Populismus? In: Ifo Schnelldienst Jg. 70/12, S. 3-5.

Canovan, Margaret (1981): Populism. Boston: Houghton Mifflin Harcourt.

Canovan, Margaret (2005): The people. Cambridge: Polity.

Carstens, Peter (2018): „Autoritäre Versuchungen“. In: „Deutschlandfunk“, Online verfügbar unter „Deutschlandfunk“, https://www.deutschlandfunk.de/wilhelm-heim-meyer-autoritaere-versuchungen.1310.de.html?dram:article_id=430995 (07.02.2019).

Diehl, Paula (2012): Populismus und Massenmedien. In: Aus Politik und Zeitgeschichte Jg. 62/5-6, S. 16-22.

Hannig, Alma (2017): „Was kann die Rechte dafür, wenn ihr Populismus bei den Massen besser ankommt als der linke?“ Populismus in Österreich. In: Varianten von Volksherrschaft in Geschichte und Gegenwart. Münster: Aschendorff.

Dahrendorf, Ralf (1997): An der Schwelle zum autoritären Jahrhundert. In: „Die Zeit“ 14.11.1997, Nr. 47, S. 14-15.

Decker, Frank/ Lewandowsky, Marcel (2017): Rechtspopulismus in Europa: Erscheinungsformen, Ursachen und Gegenstrategien. In: Zeitschrift für Politik Jg. 64/1, S. 21-38.

Jesse, Eckhard/ Panreck, Isabelle-Christine (2017): Populismus und Extremismus. In: Zeitschrift für Politik Jg. 64/1, S. 59-76.

Koppetsch, Cornelia (2018): Erklären schon Krisenerfahrungen allein autoritäre Haltungen? In: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ (25.11.2018), online verfügbar unter: <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/buecher/rezensionen/sachbuch/wilhelm-heimmeyer-sachbuch-autoritae-re-versuchungen-15887253.html> (07.02.2019).

Lichterbeck, Philipp (2018): Wahl in Brasilien: Bolsonaro gleicht eher Duterte als Trump. In: Luzerner Zeitung (29.10.2018), online verfügbar unter: <https://www.luzernerzeitung.ch/international/mehr-duterte-als-trump-ld.1065416> (07.02.2019).

Lochocki, Timo (2018): Die Vertrauensformel. So gewinnt unsere Demokratie ihre Wähler zurück, 1. Aufl. Freiburg: Herder.

Miller, David L. (1995): On Nationality. Oxford: Clarendon Press.

Moffitt, Benjamin (2016): The Global Rise of Populism: Performance, Political Style, and Representation. Stanford: University Press.

Mouffe, Chantal (2005): The return of the political. London: Verso.

Mouffe, Chantal (2011): On the political. London: Routledge.

Mouffe, Chantal (2018): For a left populism. London: Verso.

Mudde, Cas (2007): Populist Radical Right Parties in Europe. Cambridge: Cambridge University Press.

Petersen, Thieß (2018): Ökonomische Wurzeln des Populismus. Wirtschaftsdienst 98.9, S. 638–643.

Priester, Karin (2012) Rechter und linker Populismus: Annäherung an ein Chamäleon Frankfurt am Main: Campus.

Sarrazin, Thilo (2010): Deutschland schafft sich ab. München: Deutsche Verlags-Anstalt.

Sloterdijk, Peter (2010): „Warum ich doch recht habe“. In: Die Zeit, 02.12.2010, Nr. 49, online verfügbar unter: Zeit online, <https://www.zeit.de/2010/49/Sloterdijk-Reichensteuer> (07.02.2018).

Sloterdijk, Peter (2009): Die Revolution der gebenden Hand. 13.06.2009. online verfügbar unter: Frankfurter Allgemeine Zeitung, <https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/kapitalismus/die-zukunft-des-kapitalismus-8-die-revolution-der-gebenden-hand-1812362.html> (07.02.2018).

Sieferle, Rolf Peter (2017): Finis Germania. Oberdorf: Antaios.

Usherwood, Simon (2016): The UK Independence Party: the dimensions of mainstreaming. In: Akkerman, Tijtske/de Lange, Sarah L./Rooduijn, Matthijs (Hg.): Radical right-wing populist parties in Western Europe: into the mainstream? London u.a.: Routledge.

Vasilopoulou, Sofia (2017): British Eurosceptic Voting in 2014: Anti-EU or Anti-Government? In: Nielsen, Julie Hassing/Franklin, Mark N. (Hg.): The Eurosceptic 2014 European Parliament Elections. Order or Second Rate? London: Palgrave Macmillan, S. 57–81.

Zick, Andreas/Krause, Daniela/Küpper, Beate (2016): Rechtspopulistische und rechtsextremistische Einstellungen in Deutschland. In: Andreas Zick/ Daniela Krause/ Beate Küpper: Gespaltene Mitte – Feindselige Zustände, Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung.

O.A (2018): Die Sachbuch-Bestenliste für November. In: Die Zeit, Nr. 44, (24.10.2018), online verfügbar unter: Zeit Online, <https://www.zeit.de/2018/44/leseempfehlungen-sachbuch-bestenliste-november> (07.02.2019).

ZUM AUTOR

Christoph Schiebel, M.A., schreibt an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt seine Dissertation in Vergleichender Politikwissenschaft. Seine Forschungsinteressen umfassen die Populismus- und Rechtsextremismusforschung, die politische Soziologie und Kommunikation.

An der Buchbesprechung haben in Betreuung und Lektorat **Andreas Schulz, Franziska Deutschmann und Leonard Mach** mitgewirkt.